

# Nebeneinkünfte von Abgeordneten: Spitzenverdiener aus Union, AfD und FDP

*FOCUS Online*

Mindestens 41 Abgeordnete des neuen Bundestags haben einem Medienbericht zufolge eine bezahlte Nebentätigkeit. Zudem gingen mindestens 220 der insgesamt 709 Parlamentarier einer unentgeltlichen Nebentätigkeit nach, wie die Webseite „abgeordnetenwatch.de“ schreibt. Das Portal wertete die offiziellen Angaben der Parlamentsverwaltung aus.

An der [Spitze der Liste](#) stehen demnach [der CSU](#)-Abgeordnete Hans Michelbach, [der AfD](#)-Politiker Uwe Kamann und [der FDP](#)-Parlamentarier Reinhard Houben. Bei den Gesamteinkünften liegt die [Union mit deutlichem Vorsprung](#) vor FDP und AfD. Es folgen [die SPD](#) – und mit großem Abstand: [die Linke](#). In der Fraktion [der Grünen](#) geht offiziell keiner der Abgeordneten einer bezahlten Nebentätigkeit nach.

Abgeordnete müssen Einkünfte aus Nebentätigkeiten von mehr als tausend Euro im Monat oder 10.000 Euro im Jahr angeben. Allerdings wird nicht die genaue Summe veröffentlicht. Stattdessen gibt es verschiedene Stufen, die bestimmte Spannen umfassen: In die erste Stufe fallen Einkünfte von tausend bis 3.500 Euro, die höchste Stufe umfasst Einkünfte von mehr als 250.000 Euro.

## Geschäftsführer und Großverdiener

Laut „abgeordnetenwatch.de“ gab der CSU-Politiker Michelbach als Inhaber und persönlich haftender Gesellschafter der MIBEG Unternehmensgruppe einen jährlichen Gewinn der Stufe zehn an, also Einkünfte von mehr als 250.000 Euro. Der FDP-Abgeordnete Houben liege als geschäftsführender Gesellschafter eines Lichttechnikunternehmens auf einem Rang zwischen 43.000 und 90.000 Euro.

Der AfD-Abgeordnete Kamann verdiene laut Auswertung monatlich zwischen 15.000 und 30.000 Euro für seine Tätigkeit bei der Aachener so:cas GmbH. Dazu kommen laut Selbstauskunft weitere 75.000 bis 100.000 Euro als Gewinn für das Jahr 2017. Damit hat Kamann seit seinem Eintritt in den Bundestag durch seine Nebentätigkeit zwischen 135.000 und 220.000 Euro verdient.

## Betrug am Bürger?

Nach drei Monaten im Bundestag mussten die Abgeordneten ihre

Nebentätigkeiten angeben. Die Angaben sind aber wohl noch unvollständig. Die Bundestagsverwaltung [sagte der „Süddeutschen Zeitung“](#), „wegen der Vielzahl der abgegebenen Meldungen“ lasse „sich ein Ende der Bearbeitung und ein Zeitpunkt, zu dem alle Angaben veröffentlicht sein werden, derzeit nicht absehen“.

Die Problematik der Nebentätigkeiten von Abgeordneten ist klar: Die Zeit, die die Parlamentarier in ihre Nebentätigkeiten stecken, fehlt [bei der parlamentarischen Arbeit](#), für die sie gewählt wurden. Zudem erhalten die Unternehmen und Wirtschaftsverbände, in denen Abgeordnete tätig sind, exklusiven Zugang zu politischen Informationen. Die Nebentätigkeiten sind somit ein Einfallstor für den Lobbyismus.

Die gewerkschaftsnahe Otto-Brenner-Stiftung nannte die Zusatzverdienste daher in ihrer „Nebeneinkunftsstudie“ einen „Betrug an Bürgerinnen und Bürgern“. Der Autor der Studie empfiehlt ein komplettes Verbot von bezahlten Nebentätigkeiten. „Für mich ist der Beruf des Abgeordneten ein Vollzeitjob“, schrieb der SPD-Politiker Rolf Mützenich vor einiger Zeit auf „abgeordnetenwatch.de“.

**Im Video: „Das ist undemokratisch“: AfD-Fürstin klagt über Mobbing und boykottiert eigene Fraktion**